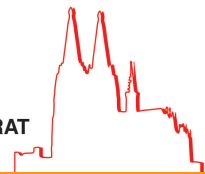




**CDU** REGIONALRAT  
KÖLN



# REGIONALRATS- REPORT

**Ausgabe 67/Juli 2018**

Förderprogramm „Unternehmen Revier“ gestartet

## Kohlekommission unter hohem Zeitdruck

Die vom Bundeskabinett Anfang Juni eingesetzte Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat ihre Arbeit aufgenommen. In der konstituierenden Sitzung am 26. Juni haben die 31 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltverbänden die ersten Leitplanken für die zukünftige Arbeit gezogen. Bereits Ende Oktober soll die sogenannte Kohlekommission Empfehlungen für Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen sowie zu ihrer finanziellen Absicherung vorlegen. Ende des Jahres gar in einem Abschlussbericht an die Bundesregierung ein konkretes Datum für den Ausstieg nennen. „Das sind angesichts der Größe und Zusammensetzung der Kommission ergeizige Ziele. So lange die einen nur den Klimaschutz und die anderen nur die Arbeitsplätze auf die Waage legen, wird es kaum zu einem tragfähigen und umsetzbaren Konzept für den Strukturwandel kommen“, zeigt sich Stefan Götz, Vorsitzender des Braunkohlenausschusses angesichts des strengen Zeitplans skeptisch.

Das Rheinischen Revier arbeitet derweil eigenständig am Struk-

turwandel. So trafen sich am 29. Juni auf Einladung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier ZRR (vorher IRR) über 200 Vertreter in Bergheim zu einer Revierkonferenz. Dort wurde das neue Förderprogramm „Unternehmen Revier“ vorgestellt. Ab sofort und bis zum 30. September können sich Städte, Gemeinden, Verbände, Vereine, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger aus den Kreisen des Rheinischen Reviers mit Projektideen an die ZRR wenden. Vier Millionen Euro stehen in 2018 zur Verfügung. Für 2019 ist eine Verdopplung des Budgets beim Bund beantragt. „Mit dem Modellvorhaben „Unternehmen Revier“ leiten wir heute schon eine Unterstützung der Braunkohlenregionen, der dortigen Unternehmen und der Beschäftigten beim Strukturwandel ein“, so Oliver Wittke, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Informationen zum Förderprogramm „Unternehmen Revier“ können unter [www.rheinisches-revier.de/unternehmen-revier](http://www.rheinisches-revier.de/unternehmen-revier) eingesehen werden.

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,



Deutschland zählt zu den Staaten, die weltweit die ambitioniertesten Ziele beim Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung verfolgen.

Im Jahr 2022 werden die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen. Auch das Ende der Verstromung von Braunkohle ist de facto beschlossen. Die von der Bundesregierung Anfang Juni eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, kurz Kohlekommission, soll nun bis Jahresende einen Weg aufweisen, wann und wie aus der Kohleverstromung ausgestiegen wird. Der Kommission ist zu wünschen, dass ergebnisoffen und ohne blinden Aktionismus nach der besten Lösung, insbesondere für die betroffenen Menschen in den Braunkohlerevieren, gesucht wird. Angesichts der Zusammensetzung der Kommission sowie den im Vorfeld aufgestellten Maximalforderungen einzelner Mitglieder darf bezweifelt werden, ob dies gelingen wird. Das die Braunkohle nach dem Abschalten der Atomkraftwerke mittelfristig zur Stromgewinnung gebraucht wird, sollte dabei Grundlage für einen möglichen Konsens zwischen Klimaschutz, einer gesicherten Stromversorgung und der Sicherung von Arbeitsplätzen sein.

Ihr

Stefan Götz

**Möchten auch Sie helfen Druck- und Portokosten zu senken und die Umwelt zu schonen? Dann senden Sie uns eine E-Mail an [info@cdu-regionalrat-koeln.de](mailto:info@cdu-regionalrat-koeln.de) und erhalten den Regionalratsreport zukünftig schneller und bequem per E-Mail.**

Interview mit Regierungspräsidentin Gisela Walsken

## „Fahrverbote müssen vermieden werden“

**Frau Regierungspräsidentin Walsken, die schwarz-gelbe Landesregierung hat jüngst eine Jahresbilanz gezogen. Wie fällt Ihre Bilanz des vergangenen Jahres aus?**

Der Wechsel von Mehrheiten gehört in der parlamentarischen Demokratie dazu. Dann gibt es neue Ansprechpartner und neue inhaltliche Schwerpunkte. Die neue Landesregierung legt einen zentralen Schwerpunkt in den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Dies begrüße ich nicht nur als Regionalplanungsbehörde, sondern auch als schulfachlich Verantwortliche im Regierungsbezirk Köln.

**Wie klappt die Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung?**

Naturgemäß braucht eine neue Landesregierung, gerade dann, wenn sich die politischen Mehrheiten geändert haben, immer eine gewisse Zeit, bis es rund läuft. Tatsächlich waren daher die ersten Monate auch davon geprägt, sich zu finden und die neuen Gesichter auf der anderen Seite in den neuformierten Ministerien kennenzulernen. Jetzt läut



Der Hauptsitz der Bezirksregierung Köln in der Zeughausstraße.

Dort sind ca. 2.000 Menschen beschäftigt.

**FOTO: CDU Regionalrat Köln**

die Zusammenarbeit gut und verantwortlich. Gerade was die Hausspitzen angeht, kenne ich ja noch viele Akteure aus meiner Abgeordnetenzeit im Landtag. Das hilft sicherlich, um einen kurzen, direkten und vor allem vertrauensvollen Draht in die Landesregierung aufzubauen. Über alle Parteigrenzen hinweg.

**Die neue NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser geht nicht davon aus, dass es in NRW zu Fahrverboten kommen wird. Wie bewerten Sie das Urteil des Aachener Verwaltungsgerichts, das die Stadt Aachen zum 01. Januar 2019 Fahrverbote vorbereiten soll? Müssten diese vorher in den von der Bezirksregierung Köln erlassenen Luftreinhalteplänen als konkrete Maßnahme festgeschrieben werden?**

Um es vorweg klar zu sagen: Alle Beteiligten sind sich einig, dass Fahrverbote vermieden werden sollen und auch müssen. Das Urteil des Aachener Verwaltungsgerichts orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts von Ende Februar. Nach dieser können in einem Luftreinhalteplan Fahrverbote als „Ultima Ratio“ festgelegt werden. Ob es dazu kommen wird, entscheiden wir nach Bewertung aller Maßnahmen. Die betroffenen Kommunen haben es aber auch selbst in der Hand, uns gute und wirkungsvolle Vorschläge zu machen. Hierbei spielt die Wirkungsprognose eine zentrale Rolle. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Unabhängig von der Festlegung von Maßnahmen durch die Bezirksregierung in Luftreinhalteplänen steht es jeder Kommune frei, Maßnahmen, wozu auch Fahrverbote zählen, in Eigenregie anzuordnen. Hierbei entscheidet die Kommune im Rahmen ihres Ermessens. Werden Fahrverbote vorher in Luftreinhaltepläne als Maßnahme aufgenommen, ist die Kommune zur Umsetzung verpflichtet.

Interview mit Regierungspräsidentin Gisela Walsken

## „Die Metropolregion muss endlich sichtbar werden“

**Die Metropolregion Rheinland existiert nun seit über einem Jahr. Wie zufrieden sind Sie mit der bisherigen Entwicklung und was muss noch besser werden?**

Der Start der Vereinsarbeit war leider holprig. Die Suche nach der hauptamtlichen Geschäftsführung und infolgedessen der Aufbau der Geschäftsstelle, der länger gedauert hat als erhofft, haben leider die inhaltliche Arbeit in den Hintergrund treten lassen. Ich merke, dass alle Beteiligten nach wie vor motiviert sind. Jetzt gilt es, Pflöcke einzuschlagen, die Metropolregion zu positionieren und zu zeigen, dass wir eine starke Region im Herzen Europas sind. Dazu gibt es viele Möglichkeiten und Ideen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, der Digitalisierung, der Kultur und des Marketings. Die Metropolregion muss nun endlich sichtbar werden.

**Welche Ziele haben sie für den Regierungsbezirk Köln insbesondere hinsichtlich des neu aufzustellenden Regionalplans?**

Wir befinden uns ja gerade noch inmitten des Verfahrens, den Regionalplan für den Regierungsbezirk fortzuschreiben. Abgeschlossen sind die sogenannten Kommunalgespräche mit allen 99 Kommunen in unserem Regierungsbezirk. Die Ergebnisse werden jetzt ausgewertet, danach wird es gegebenenfalls weitere Gespräche mit den Kommunen geben. Wir wollen für die Region, gemeinsam mit dem Regionalrat und den Kommunen noch in dieser Sitzungsperiode bis zur Kommunalwahl im Jahr 2020 einen ersten Entwurf erstellen. Unsere Region hat, wie viele andere Regionen auch, die Herausforderungen, wie ein räumliches Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen, den vermeintlichen „Gegensatz“ von Stadt und Land, welcher aber nicht wirklich ein Gegensatz sein muss, sondern zu einem gemeinsamen Weg zusammengeführt werden kann. Diesen Herausforderungen werden wir uns mit dem neuen Regionalplan stellen.

**Was tun Sie gerne, wenn Sie mal nicht im Büro, in Terminen oder im Dienstwagen sitzen?**

Joggen und kochen stehen dann ganz weit oben auf meiner Liste. Ich versuche so oft wie möglich meine Laufschuhe anzuziehen und zu joggen. Leider komme ich dazu nach einem langen Tag gerade mit vielen Autofahrten viel zu selten. Jetzt in den Sommermonaten, wenn es lange hell ist, habe ich zum Glück abends mehr Möglichkeiten. Ich koche auch sehr gerne. Am liebsten mediterrane Küche. Wenn dann noch Freunde und ein gutes Glas Rotwein dabei sind, kann ich abschalten und entspannen.



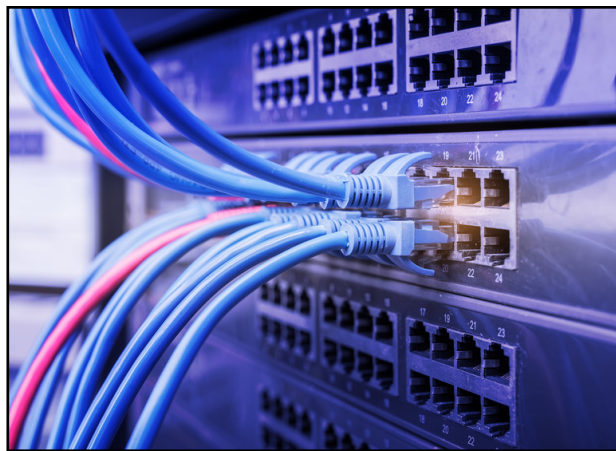
*Gisela Walsken, seit 2010 Regierungspräsidentin des Regierungsbezirk Köln*

**FOTO: Bezirksregierung Köln**

## Fünf Geschäftsstellen für die große Gigabit-Offensive des Landes

**Flächendeckende Gigabitnetze bis 2025 - Schulen haben vorrang**

Die Versorgung mit schnellem Internet, insbesondere im ländlichen Raum, lässt oftmals noch zu wünschen übrig. In NRW haben 86% der Haushalte einen potentiellen Zugang zu 50 MBit-Leitungen. Bei Schulen und Gewerbegebieten sind die Zahlen deutlich schlechter. Um dies zu ändern, hat das Landeswirtschaftsministerium am 3. Juli zum ersten Gigabit.Gipfel.NRW eingeladen, und gemeinsam mit den Netzbetreibern die zeitnahen Ausbauziele vorgestellt. Ein Ergebnis: der Ausbau scheitert nicht am Geld, (insgesamt stehen 5 Mrd. Euro an staatlichen Fördergeldern für den nicht-wirtschaftlichen Ausbau zur Verfügung), sondern an komplizierten Vergabe- und Genehmigungsverfahren. Das bisherige Programm ist extrem kompliziert und hat die Kommunen mit langwierigen Antragsverfahren und ständigen Änderungen überfordert. Dieser Zustand soll nun zügig überwunden werden. Das Land richtet insgesamt fünf Gigabit.NRW-Geschäftsstellen bei den Bezirksregierungen ein. 35 sogenannte Fördermanager werden die Kommunen beraten und im Antragsverfahren unterstützen, das Verfahren selbst deutlich vereinfacht werden. Zudem beraten die Bezirksre-



gierungen die Schulträger in Kooperation mit der zentralen Medienberatung NRW und den Medienberatern des Ministeriums für Schule und Bildung zur technischen Infrastruktur aller Schulen, die bereits bis 2022 flächendeckend an das Breitbandnetz angeschlossen sein sollen. Auch Gewerbegebiete werden stehen im Vordergrund der Gigabit-offensive. „Der eigenwirtschaftliche Ausbau durch die Netzbetreiber ist der wesentliche Faktor für eine flächendeckende

gigabitfähige Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Mit öffentlichen Mitteln fördern wir den Ausbau dort, wo er wirtschaftlich nicht zu leisten ist. Durch die Zusammenarbeit von Land und Netzbetreibern sichern wir das kluge Ineinandergreifen von eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau. So entwickeln wir gemeinsam flächendeckende gigabitfähige Netze bis 2025.

Schulen und Gewerbegebiete werden wir bis 2022 anschließen“, so Landeswirtschaftsminister Andreas Pinkwart.

Die Geschäftsstelle Gigabit.NRW bei der Bezirksregierung Köln ist erreichbar unter 0221-147-3005

Bild: Fotolia #170087298 | Urheber: xiaoliangge

**Termine**

**31 August 2018**  
**Kommission für Regionalplanung und**  
**Strukturfragen**

**14. September 2018**  
**Fraktionssitzung**

**28. September 2018**  
**Regionalratssitzung**

**01. Oktober 2018**  
**AG Innovationsregion**  
**Rheinisches Revier**

**IMPRESSUM**

**Vorsitzender:**  
**Stefan Götz (verantwortlich)**  
Stadt Köln

**1. Stellv. Vorsitzende:**  
**Brigitte Donie**  
Rhein-Sieg-Kreis

**2. Stellv. Vorsitzender:**  
**Franz-Michael-Jansen**  
Kreis Heinsberg

**Vorsitzender des Regionalrats:**  
**Rainer Deppe MdL**  
Rheinisch-Bergischer Kreis

**Beisitzer:**  
**Paul Hebbel**  
**Stadt Leverkusen**  
(Vorsitzender der  
Verkehrskommission)

**Fraktionsgeschäftsstelle:**  
**Sebastian Knauff**  
Fraktionsgeschäftsführer  
Zeughausstraße 2-10  
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46  
Fax: 02 21 / 139 54 51

E-Mail:  
info@cdu-regionalrat-koeln.de  
Internet:  
www.cdu-regionalrat-koeln.de